

15. September 2017

Ministerpräsident
Herr Winfried Kretschmann
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Oberbürgermeister
Herr Fritz Kuhn
Rathaus
Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Keine Rüstungsmesse ITEC in Stuttgart

Sehr geehrter Herr Kretschmann, sehr geehrter Herr Kuhn,

mit Entsetzen haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg als Anteilseigner der Messe Stuttgart bereit erklärt hat, vom 15. bis 17. Mai 2018 die Militär- und Waffentechnikmesse ITEC in ihren Hallen stattfinden zu lassen.

Bei der ITEC (*International Forum for the Military Training, Education and Simulation Sectors*) handelt es sich um die größte europäische Messe für den militärischen IT-Bereich. Gerne wird die ITEC daher verharmlosend als bloße „Software-Messe“ dargestellt. Eine solche Darstellung verkennt, dass für die Rüstungsindustrie zunehmend Produkte entwickelt werden, die für eine automatisierte Kriegsführung von Bedeutung sind. Kurz: ums Kriegführen, möglichst effektives Töten oder das Üben desselben geht es bei der ITEC ganz konkret.

Auf der letzten ITEC in Deutschland im Jahr 2014 präsentierten sich über 100 Firmen aus aller Welt dem Fachpublikum. Proteste von Bürger/innen, Friedensorganisationen und Stadträten, u.a. der Grünen Stadtratsfraktion, führten letztendlich dazu, dass sich die *Koelnmesse* entschied, die ITEC im Jahr 2018 nicht mehr auszurichten.

Herr Kretschmann und Herr Kuhn, jetzt gilt es zu verhindern, dass die Messe in Stuttgart stattfinden kann.

Eine solche Militärmesse widerspricht der Ausrichtung von Bündnis 90/Die Grünen als Mitstreiter für Abrüstung und eine restriktivere Rüstungsexportpolitik. Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen im Stuttgarter Gemeinderat, Anna Deparnay-Grunenberg, hat daher folgerichtig einen Antrag auf Rückabwicklung des Vertrags mit dem Londoner Messeveranstalter *Clarion Events* eingebracht, der jedoch von der Mehrheit des Aufsichtsrates abgelehnt worden ist.

Dieses Nein dürfen Bündnis 89/Die Grünen jedoch nicht widerspruchslos hinnehmen, da hier auch Ihr Selbstverständnis und Ihre Glaubwürdigkeit als Akteur für eine friedliche und gerechte Weltordnung auf dem Spiel steht.

Die ITEC passt weder zu dem **Engagement der Stadt** für eine atomwaffenfreie Welt bei den „Bürgermeistern für den Frieden“ noch zu dem Bestreben, keine Vermögenswerte mehr in Unternehmen anzulegen, die Militärwaffen oder Militärmunition herstellen.

Auch der grün geführten Landesregierung in Baden-Württemberg droht ein massiver Glaubwürdigkeitsverlust, sollte sie die ITEC in Stuttgart stattfinden lassen. Im Koalitionsvertrag verpflichten Sie sich zur **Förderung einer nachhaltigen globalen Entwicklung, der Sicherung von Frieden**, Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechten.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, dürfen Sie die ITEC nicht in Ihrem Bundesland und in Ihrer Stadt stattfinden lassen. Hauptsponsor der ITEC ist z.B. der deutsche Rüstungsprimus Rheinmetall. Der Konzern steht in der Kritik, weil er über ein Joint Venture in Südafrika auch Exporte nach Saudi-Arabien und in die VAE tätigt und dabei hilft, dort eigene Rüstungsindustrien aufzubauen und das, obwohl sich diese Länder im Krieg mit dem Jemen befinden.

Aktuell plant der Konzern ein weiteres Joint Venture mit Partnern, um in der Türkei Fabriken zur Herstellung von gepanzerten Fahrzeugen und von Munition zu errichten. Konzerne wie Rheinmetall befördern mit ihren menschenrechtsmissachtenden Geschäftsstrategien die Aufrüstungsspirale und tragen so definitiv nicht zum Schutz der Menschenrechte bei. Derartigen Unternehmen darf daher kein Forum geboten werden, um sich zu präsentieren und um neue Kunden zu werben.

Sehr geehrter Herr Kretschmann, sehr geehrter Herr Kuhn, setzen Sie sich bitte umgehend und unmissverständlich dafür ein, dass die Messe Stuttgart die Verträge mit dem ITEC-Messeveranstalter *Clarion Events* möglichst bald kündigt, um den finanziellen und den Imageschaden für Stadt und Land in Grenzen zu halten!

Software, die das Töten im Krieg simuliert und Rüstungskonzerne, die vor der Aufrüstung von Krisenregionen nicht zurückschrecken, sollten keine Präsentationsflächen in Baden-Württemberg angeboten werden (dürfen), wo die Grünen mit in der Regierungsverantwortung sind.

In Erwartung einer Antwort verbleiben wir mit besten Grüßen

(Dr. Barbara Happe)